

Zur Eröffnung der Tagung erklärte Frau Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, die Vorstandsvorsitzende der Aktion Gemeinsinn:

Auf einer Basiskonferenz der Links-Partei in Mecklenburg-Vorpommern im Juli dieses Jahres sagte ein älteres Parteimitglied: „Die DDR war ein Rechtsstaat mit Unrecht. Das ist die BRD auch – wenn man an das KPD- und FDJ-Verbot denkt.“

Nach einer Emnid-Umfrage beurteilen 57 Prozent der Ostdeutschen die DDR positiv: Sie habe „mehr gute als schlechte Seiten gehabt....Mit den ‚paar Problemen‘ hätte man gut leben können“.

Westdeutsche erklärten dagegen in dieser Umfrage, die DDR habe „ganz überwiegend schlechte Seiten gehabt“.

Klaus Schröder, Leiter des Forschungsverbandes SED-Staat an der FU Berlin, stellt fest: „Nicht einmal die Hälfte der ostdeutschen Jugendlichen bezeichnet die DDR als Diktatur. Eine Mehrheit hält die Stasi für einen normalen Geheimdienst.“ Und er ergänzt: „Im Unterricht kommt die DDR in West- und Ostdeutschland kaum vor.“

Das sind Bestandsaufnahmen von 2009, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution. Die Reihe der beschönigenden, verharmlosenden Bemerkungen zum Wesen der 2. deutschen Diktatur im 20. Jahrhundert ließe sich fortsetzen, ebenso die Zahl der Studien, die krasse Fehleinschätzungen und Wissenslücken in der Bevölkerung zutage fördern – in Ost und West, und nicht nur bei den jungen Leuten.

Die „Aktion Gemeinsinn“, die älteste überparteiliche Bürgerinitiative Deutschlands und seit dem 3. Oktober 2008 wegen ihres Engagements für das Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschen Trägerin des Einheitspreises der Bundeszentrale für politische Bildung, kann dieses Jubiläumjahr nicht verstreichen lassen, ohne sich dieser Frage anzunehmen: Woher rührt dieser Hang zur Verklärung des SED-Staats, warum wissen Deutsche in den Neuen und den Alten Ländern so wenig über diesen Teil der Nachkriegsgeschichte? Wo müssen nicht nur Politiker, sondern auch Lehrer, Sozialarbeiter, Wissenschaftler, Medienvertreter, Künstler oder einfach zivilgesellschaftlich engagierte Bürgerinnen und Bürger ansetzen, um das nachzuholen, was offenbar nach der ersten Phase der Euphorie nach der Wende versäumt worden ist? Wir haben zu Beginn des Jahres 2009 in einer von namhaften Persönlichkeiten aus der gesamten Bundesrepublik formulierten Erklärung dazu aufgerufen, sich intensiv mit Fakten und Folgen des SED-Regimes auseinanderzusetzen und sich verstärkt um die Opfer dieser Ära zu kümmern. Wir setzen diese Kampagne nun mit unserer Tagung fort.

„Vorsicht – Verklärung?!“ haben wir sie genannt. Kein Tribunal soll sie sein, sondern intensive Suche nach Ursachen und Antworten. Und alle, die heute hier sind – unsere Referenten und die Podiumsgäste ebenso wie die Zuhörer im Saal –, sind aufgefordert, sich zu beteiligen. Auch und gerade diejenigen, die wir als Zeitzeugen eingeladen haben und die aus persönlicher Betroffenheit etwas zu erzählen haben. Eigentlich, meine Damen und Herren, ist die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war, beantwortet. Eigentlich. Dennoch hagelte es gerade in den vergangenen Monaten Äußerungen, die Zweifel an dieser Aussage anmeldeten. Aber gottlob auch Klarstellungen. „Die SED-Diktatur gründete auf strukturellem Unrecht“, sagt Marianne Birthler. Und Matthias Platzeck findet: „Wenn die DDR ein Rechtsstaat gewesen wäre, dann hätten nicht Millionen Menschen demonstriert, dann wären nicht

Zehntausende aus dem Land geflohen, dann hätten die Bürgerinnen und Bürger die DDR nicht schlicht und einfach beendet.“

Nehmen wir die Justiz: Die Unabhängigkeit der Justiz, grundlegendes Kennzeichen eines Rechtsstaates, gab es in der DDR nicht. Sie wurde vielmehr als politisches Kampfinstrument benutzt. Auch noch nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte.

Das, liebe Gäste, mag zur Einstimmung genügen. Ich danke allen, die unserer Einladung gefolgt sind: unseren Referenten und Podiumsgästen, die übrigens alle ihr Wissen und ihre Sachkenntnis „pro bono“ einbringen; den Zeitzeugen, die im weiteren Verlauf des Nachmittags über ihre persönlichen Erfahrungen und Schicksale berichten sollen, und last not least den Mitgliedern der Aktion Gemeinsinn, dem Jugendausschuss und den ehrenamtlichen Mitarbeitern unserer Geschäftsstelle in Bonn. Ich bedanke mich herzlich schon jetzt bei der Bundeszentrale für politische Bildung, die diese Tagung materiell und ideell unterstützt. Und ich gebe jetzt das Wort an Brigitta Kögler, stellvertretende Vorsitzende der Aktion Gemeinsinn. Sie arbeitet als Rechtsanwältin in Jena. Ihr Impulsreferat trägt die Überschrift: „Recherchen zum Unrechtsstaat“.